

Bezugspreis:

Einzelheft 4,75 Pf., monatlich 2,25 Pf. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 3. Dezember 1918.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Was Deutschland zahlen soll!

Haag, 2. Dezember. (Holländisch Neuvaubureau.) Der parlamentarische Mitarbeiter der „Daily News“ sagt, daß folgende Vorschläge für Schadenersatzleistungen von den Alliierten gemacht wurden:

- 1. Während einer Reihe von Jahren soll Schadenersatz in Geld geleistet werden, und zwar für sämtliche in Belgien und Frankreich angerichteten Schäden. Diese werden auf 2 bis 2 1/2 Milliarden Pfund Sterling berechnet.
2. Sämtliche vernichteten Häuser in den Städten dieser Gebiete müssen von deutschen Arbeitern aufgebaut und das zu dem Wiederaufbau notwendige Material von deutschen Arbeitern geschafft werden.
3. Soll Schadenersatz für den vernichteten Schiffbau geleistet werden. Dazu ist eine Vereinbarung zwischen den Alliierten und den Zentralmächten zu treffen, die dahingehen sollte, daß sämtliche deutschen Schiffe für Rechnung der gesamten Welt fahren, oder daß auf deutschen Werften neue Schiffe für die britische oder anderen Kaufahrteiflotten gebaut werden.
4. Außer des Schadenersatzes für Belgien und Frankreich ist eine Entschädigung für sonstige Verluste zu zahlen.
5. Alles in Deutschland vorhandene Gold wird den Alliierten ausgeliefert.
6. Von der Erzeugung der deutschen Kohlenbergwerke wird eine Abgabe erhoben, die eine Reihe von Jahren beibehalten werden muß. Außerdem ist die deutsche Kohlenproduktion unter die Kontrolle der Alliierten zu stellen.
7. Die Verheerungen in Italien, Serbien und Rumänien sind gleichfalls wieder gutzumachen.

Die Alliierten und der Kaiser.

Ein Entschluß des englischen Kriegsministeriums.

Amsterdam, 2. Dezember. (A. U.) Der parlamentarische Korrespondent der „Times“ schreibt: Der Beschluß, Maßnahmen gegen den früheren deutschen Kaiser zu treffen, ist augenblicklich eine Hauptfrage. In den letzten Tagen hat das Kriegsministerium die Angelegenheit untersucht und ist zu folgendem Entschluß gekommen:

- 1. daß es in der Bejugnis der alliierten Regierungen liege, die Auslieferung des Kaisers zu fordern,
2. daß die englische Regierung alle notwendigen Schritte tun werde, um seine Auslieferung zu erlangen,
3. daß, wenn seine Auslieferung feststehe, der Kaiser sich vor einem Gerichte zu verantworten haben werde.

Es wird weiter mitgeteilt, daß das Ministerium keine Schritte ergreife, ehe es sich mit den anderen alliierten Regierungen beraten habe. Es wird jedoch nicht daran gezweifelt, daß die französische und die italienische Regierung dieser Politik zustimmen. Es wird erwartet, daß diese Angelegenheit auf einer Konferenz besprochen werden wird, die heute in Downings Street zwischen Clemenceau, die heute in Downings Street zwischen Clemenceau, Foch, Orlando und Sonnino beginnen wird.

Keine Anerkennung der A- und S.-Räte.

Ein Funkpruch der englischen Flottenleitung.

Von zuständiger Stelle wird der Telegraphen-Union mitgeteilt: Auf eine Anfrage ist heute aus Kopenhagen von der englischen Flottenleitung folgender Funkpruch an das Kommando der deutschen Hochseeflotte eingetroffen: „Die Marinekommission der alliierten Flotten ist nicht beauftragt, mit dem Arbeiter- und Soldatenrat oder dessen Vertretern zu verhandeln.“

Unstimmigkeiten in der polnischen Regierung

Austritt preussischer Polen.

Die in die polnische Regierung eingetretenen Polen Korjanty, Seyda und Bankier Englisch scheinen aus der Regierung bereits wieder ausgeschieden zu sein. Die preussischen Polen sind bekanntlich nationaldemokratisch und kirchlich, während Pilsudski und Gorginski Sozialisten und Dissidenten sind.

Unsere Ukrainetruppen.

Alles wohl auf — Heimtransport bevorstehend.

Berlin, 2. Dezember. Zur Beruhigung aller Angehörigen der Okkupationsstruppen aus der Ukraine, besonders aus der Umgegend von Odessa, können wir mitteilen, daß nach einem Funkpruch des Stappenkommandos 81 dort alles wohl auf ist. Nirgends ist die Ruhe gebrochen. — Das Stappenkommando 81, die zweite schwere Panzereinheit Oberst, Staffelführer 647, leichte Munitionskolonnen 807, 879, 1026, Feldbäckereikolonnen 1/2, 224, 305, Flugzeuge 19 und 153 werden demnächst in die Gegend von Dnestr-Dnests und dann in die Heimat befördert. Auch die Panzer bei der Panzereinheit 81 sind wohl auf.

Englische Marinekommission in Wilhelmshaven.

Kiel, 2. Dezember. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist gestern nachmittag eine Flottille von 12 englischen Zerstörern, die durch den Sund in die Ostsee eingelaufen waren, in Libau angekommen. — Die englische Marinekommission wird morgen in Wilhelmshaven eintreffen.

Zur Friedenskonferenz.

Westpolizei!

Haag, 2. Dezember. (Holländisch Neuvaubureau.) Der „Daily Telegraph“ erfährt aus Washington Einzelheiten über Wilsons Pläne. Es steht jetzt ziemlich fest, daß die Basis der amerikanischen Pläne die Gründung eines Staatenbundes der internationalen Seemächte für die Westpolizei zur See ist. Weiter verlangt Wilson die Gründung eines Schiedsgerichtshofes, dem alle Mitglieder des Völkerbundes sich anschließen, ihre Zwistigkeiten diesem Gerichtshof zu unterbreiten haben, und die Entscheidung des Gerichtshofes als Endurteil gelten lassen. Falls ein Volk sich weigern würde, dem Ausschpruch des Gerichtshofes zu gehorchen, würde die internationale Polizeiflotte gegen dieses Volk vorgehen. Weiter wird vorgeschlagen, daß sämtliche ausgelieferten deutschen Kriegsschiffe den Kern dieser Polizeiflotte bilden sollen und zur Verfügung der Exekutionsgewalt des Staatenbundes stehen.

Großliberale Mischmaschpartei.

Verschmelzung der deutschen demokratischen Partei und der deutschen Volkspartei.

Wie die WZ von beteiligter Seite erfährt, haben die über die Vereinigung der Deutschen demokratischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei geführten Verhandlungen unter den damit betrauten Persönlichkeiten zu einer vollen grundsätzlichen Verständigung geführt. Die Abmachungen werden voraussichtlich morgen ihren förmlichen Abschluß finden.

Mit dieser Einigung sind die Bestrebungen, einen neuen freiheitlichen und modernen Geist in die Politik des Bürgerturns zu bringen, endgültig gescheitert. Nach verheißungsvollen Anfängen ist man wieder in den faulen Sumpf des Kompromisses herabgesunken. Ursprünglich hatten sich die besten politischen Köpfe, über die das Bürgerturn verfügt, mit der Idee getragen, eine bürgerlich-republikanische Partei zu gründen, die alle wirklich demokratischen, sozialfortschrittlich gerichteten Elemente des Bürgerturns umfassen sollte. Der erste Aufruf konnte gewisse Hoffnungen auf eine Modernisierung der bürgerlichen Politik erwecken. Aber da die Sache Aussicht auf Erfolg zu haben schien, stellten sich auch sofort die Elemente ein, die eigentlich mit der Sache wenig zu tun hatten, aber hier ein besseres Unterkommen erwarteten, als wenn sie in den alten Parteien blieben. Sie wärferten aber gleichzeitig die Idee, das ominöse Wort „republikanisch“ wurde aus der Firma gestrichen und man begnügte sich mit einer „deutsch-demokratischen“ Partei. Immerhin blieb noch ein ansehnlicher Chor der Zurückgewiesenen, deren verhängnisvollen bisherigen Einfluß man nunmehr für ausgeschaltet halten konnte. Die sitzengeliebten Herren Kopsch, Wiemerer usw. mußten sich nolens volens mit dem Mauerbläulichkeitsflügel der Nationalliberalen fusionieren, so entstand die „Deutsche Volkspartei“.

Aber die Trennung sollte nicht von langer Dauer sein. Schon nach einer Woche hat man sich wiedergefunden, unter dem Banner der „liberalen Einigung“ wird die Verschmelzung der beiden Gruppen vollzogen, in den Armen liegen sich beide — und wie früher sind die Herren Kopsch, Wiemerer, Nußman, Strefemann, Krause usw. oben auf! Auch den schwerindustriellen Flügel der Nationalliberalen hat man fürsorglich mitgenommen, damit auch ja kein Fortschrittler an der Einigkeit fehle. Der Liberalismus steht geschlossen da — von Fuhrmann bis Kello von Gerlach! Wir wollen dieses schöne Bild der Einigkeit nicht durch weitere Verbrüderungen stören. Nur eins muß festgesetzt werden: wer irrend wie zu den Erfolgen der Revolution steht, für den ist in dieser Mischmaschpartei auch nicht der mindeste Platz. Bei den künftigen Wahlen wird es nur eine Partei geben, die das Vertrauen der wirklich demokratischen und freiheitlich denkenden Wählerkreise beanspruchen kann: die Sozialdemokratie!

Ja, wir haben die Kredite bewilligt!

Seit Jahren lebte die deutsche Sozialdemokratie mit einem Teil ihrer früheren Parteigenossen und noch mehr mit den Sozialisten des Auslands in Panik und Streit, weil sie die Kriegskredite bewilligte.

Besonders waren es die französischen Sozialisten, die sich über diesen angeblichen Verrat an der Internationale gar nicht genug enträsten konnten. Sie selber bewilligten zwar die Kriegskredite, rieten aber den Deutschen, sich schlagen zu lassen und Revolution zu machen, dann würden sie schon dafür sorgen, daß der abzuschließende Frieden kein Frieden der Rachsucht und der Erniedrigung, sondern ein Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen, ein Verständigungsfrieden, sein werde.

Wir fanden diese Beweisführung nicht ganz einleuchtend, sondern meinten, in einem nun einmal entfehlten Kriege müsse ein jedes Volk sich seiner Haut wehren, so gut es könne. Auf den Verständigungsfrieden, den wir nach unserer Niederlage erhielten, wollten wir uns nicht verlassen, sondern wir wünschten, daß ein solcher Frieden geschlossen würde, noch ehe die deutsche Widerstandskraft erlahmt sei. So kämpften wir während des ganzen Krieges gegen zwei Fronten: gegen die Zerstörer, die glaubten, ein Krieg, den eine kleine Minderzahl gegen eine erdrückende Uebermacht führte, sei eine Gelegenheit, Werte zu machen, und gegen die Gutgläubigen, die meinten, es bedürfe nur des Sieges der Entente und des Sturzes der deutschen Nachbarn, um das Glück der ganzen Welt, auch des deutschen Volkes, herbeizuführen.

Jetzt ist das linke Rheinufer von den Gegnern besetzt, Deutsche stehen unter feindlicher Besatzung, General Foch steigert mit jedem Tag seine Forderungen und droht mit Abbruch des Waffenstillstandes, d. h. mit der Befreiung des ganzen widerstandlos gewordenen Deutschland. Das gestern 10 Uhr vormittags abgelaufene Ultimatum ist jetzt um 24 Stunden, bis heute vormittag 10 Uhr verlängert! In Jäkt, wo die Belgier eingekerkert sind, müssen Zivilpersonen beim Raben belgischer Offiziere den Bürgerkrieg verlassen und den Hut abnehmen. Von den französischen Sozialisten hören wir aber nichts...!

Dies alles ist vielleicht erst ein kleiner Anfang. Aber wir gestehen, das haben wir nicht gewollt, und darum haben wir die Kredite bewilligt.

Unsere früheren Parteigenossen, die jeglichen Unabhängigen, sagten uns, wir zerstörten durch unsere Kreditabstimmung die Aussichten einer internationalen Friedensaktion. Würden wir durch Ablehnung der Kriegskredite unsere Kriegsgegnerschaft dokumentieren, so würden die Franzosen dasselbe tun, und dann wäre die Möglichkeit gegeben, den Krieg durch eine sozialistische Aktion abzuführen. Das war eine Auffassung, die ernster Erwägung wert war, aber ist es wirklich gerecht, über diejenigen, die sich ihr nicht anzuschließen vermochten, den Stab zu brechen? Das ganze bisherige Verhalten der Franzosen zeigt, daß sie sich in ihrer Kreditbewilligung durch unsere Verweigerung nicht hätten stören lassen, und daß sie zu einer internationalen Aktion entweder nicht bereit oder nicht fähig gewesen wären. Clemenceau hatte ihnen jeden Verkehr nicht nur mit den sozialdemokratischen Kreditbewilligern, sondern auch mit den unabhängigen Kreditverweigerern verboten, und bis heute hört man nichts davon, daß ihnen Pässe bewilligt würden, so daß sie mit den deutschen Sozialisten Pählung nehmen könnten.

Die ganze Entwicklung seit dem Niederruch Deutschlands beweist, daß die Hoffnung der Unabhängigen auf die internationale Aktion zur Verkürzung des Krieges Traum und Schäum war. Die Gegner konnten ihre Ueberlegenheit und waren entschlossen, von ihr rücksichtslos Gebrauch zu machen. Wir deutschen Sozialdemokraten konnten diese Ueberlegenheit auch, betonten sie so oft und so scharf, wie das unter der Zensur nur möglich war, und sahen in der Abwehr eines vollständigen feindlichen Sieges das Höchstmögliche Erreichbare. Dieses haben wir auch ehrlich und mit allen Kräften angestrebt, und darum haben wir die Kredite bewilligt.

Man kann heute allerdings sagen: Gätte die Sozialdemokratie eine andere Haltung eingenommen, so wäre das ein Glück für Deutschland gewesen, denn dann wäre der Zusammenbruch, der jetzt eingetreten ist, früher gekommen, und wir hätten bei gleichem Ergebnis Menschenleben und Güter gespart. Das ist logisch vollkommen richtig, nur würden wir noch gleicher Logik etwas auch Spione, die deutsche Truppen dem Tod und der Gefangenschaft aus-

rieferten, Mollitäten des Deutschen Volkes sein. Nie konnte ein Sozialist einer solchen Verbrechenlogik Eingang in sein Denken gewähren. Gegen die Niederlage kämpft man so lange man kann, sowie der Arzt gegen den Tod kämpft, der ja auch einmal kommen muß. Wir haben die Niederlage nicht gewollt, und darum haben wir die Kredite bewilligt!

Wir wußten um die Schuld der deutschen Kriegstäter, wenigstens viele von uns waren von ihr überzeugt. Freilich waren wir alle zu gut geschulte Sozialisten, um glauben zu können, daß einzeln und allein die Bosheit einiger Menschen einen solchen Brand entfesseln könnte, und wir waren international genug, um auch das klar zu sehen, was andere zu dem großen Scherbenhaufen beigetragen hätten. Eine wilde Agitationshysterie hat uns beschuldigt, wir hätten den deutschen Hochhobeln, aber wir haben, sobald es möglich war, Wilhelm und seine Sippe dahingejagt und über ihren Sturz gejubelt. Was wir taten, taten wir aus Liebe zu unserer Volk.

Wir konnten auch die Fehler und Verbrechen, die von den Reichshobeln nach Kriegsausbruch begangen wurden und haben sie beklamt. In wem haben die Verlester zu allem Bösen, die Anarchisten, Gewaltpolitiker, U-Boot-Beute, ihre einzig gefährlichen Gegner? In uns Sozialdemokraten! Wir waren bei den hohen Militärs wirklich nicht beliebt, man bildete unsere Einflüsse furchend und widerstrebend, weil man den offenen Bruch fürchtete — der „Vorwärts“ war trotzdem das meist verbotene Blatt.

Aber all diese Wissen und all diese Erfahrung konnten unsere grundsätzliche Stellung nicht ändern. Warum nicht? Weil uns das, was jetzt hundertfache Verantwortlichkeit geworden ist, stets als schwarzer Schatten vor Augen stand, und weil wir, wenn es kam, nicht ein Quentchen von Schuld daran mittragen wollten. Darum haben wir Kredite bewilligt, haben wir davon mitschlossen, die äußere und die innere Front vor dem Zusammenbrechen zu schützen. Wir haben unser Gut und Blut mitgeopfert, haben gerufen, gehalten, erwartet, wie wir konnten, es war alles umsonst!

Man hat uns wegen unserer Haltung mit dem Volkssturm bedroht, der uns hinwegjagen, mit dem internationalen Kongress, der uns ausstoßen würde. Wir stehen vor den Wahlen zur Nationalversammlung und erwarten den Spruch des Volkes, wir fragen nämlich, wann Clemensens unehren Anklagen gelassen wird, über uns Gericht zu halten. Wir verzeihen unsere Sache überall und schonen kein Urteil. Wir streifen es auch ins Gesicht: Ja, wir haben die Kredite bewilligt, weil wir unter Volk liebten, und jetzt, wo es im tiefsten Elend ist, wissen wir erst recht, wie sehr wir es liebten. Wir haben die Kredite bewilligt, weil wir nicht nur internationale Sozialisten, sondern auch Deutsche sind, weil wir als Deutsche leben und sterben werden, kommt, was da will!

Das Waffenlager der russischen Botschaft.

Die Rechnungen aufgefunden.

Durch die russische Botschaft in Berlin ist bekannt geworden, daß die russische Botschaft sich hier nicht nur die Verwahrung von bolschewistischen Propagandaschriften, sondern auch die Beschaffung von Waffen angelegen sein lassen. In dem Augenblicke, da die Botschaft an die Grenze wandert, hat ein Mitglied der Botschaft ein Kofferchen mit Paketen liegen lassen. Darin befanden sich 24 Rechnungen über Anläufe kleiner Mengen von Waffen und Munition. Sie erstrecken sich auf die Zeit vom 21. September bis 21. Oktober d. J. und lauten auf insgesamt 159 Mausergewehre, 28 Gewehre und 23 Parabellumrevolver, nicht etwa 27 000 Patronen für insgesamt 105 000 M. Die Erlösung dieses, der Artikel 2 des Friedensvertrages habe die russische Regierung nicht gehindert, in Deutschland revolutionäre Propaganda zu betreiben, hat damit noch weitere Unterlagen erhalten.

Der Reichsausschuß.

Am 11. d. M. Der kürzlich gewählte Reichsausschuß besteht laut Beschluß des Vollzugsrates vom 20. November 1918 aus acht Groß-Berliner (preussischen) Mitgliedern und aus acht Vertretern der außerpreussischen Bundesstaaten, ferner aus

drei Mitgliedern der Ost- und Westfront und der Marine, zusammen 19 Mitgliedern.

In der Sitzung des Vollzugsrates vom 30. November sind die preussischen Mitglieder gewählt worden. Erschienen sind ferner als Vertreter Bayerns Goederich und Elsh-Bohringens Remke. Die übrigen Vertreter müssen erst von den Bundesstaaten delegiert werden und sind hieran telegraphisch erinnert worden.

Gärung und Klärung in Bayern.

Der Schweizer bayerische Gesandte gegen die Politik Eisners.

Der Gesandte der bayerischen Republik in der Schweiz, Professor Dr. Förster, veröffentlicht in der „Münchener Post“ einen Artikel, in dem er weit von Eisner abtritt. Er habe den Gesandtenposten auf Verlangen Eisners nur angenommen, weil er glaube, daß die neue Regierung auf breiterer demokratischer Grundlage arbeiten werde. Darin habe er eine Enttäuschung erfahren. Er habe nach die gleiche Hochachtung vor dem selbstlosen Charakter Eisners und halte viele seiner grundlegenden Ideen für ausgezeichnet und habe nichts mehr gewünscht, als daß er deren Autorität durch seine Politik gestärkt hätte. Den Methoden ihrer Ausführung könne er aber seinen Namen auch nicht von ferne verbinden. Eisner wolle die Umgestaltung Deutschlands nur von einer bestimmten Klasse autoritär durchsetzen lassen. Darum kämpfe er verzweifelt gegen die Nationalversammlung.

Dann appelliert er an das Gewissen und die Intelligenz der Arbeiter- und Soldatenräte:

„Wir gehen alle miteinander hoffnungslos zugrunde, wir kommen in einen Panzersturm hinein, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat, wenn wir Deutsche jetzt beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft und Kultur nicht in wahrhaft gleichem Geiste zusammenhalten. Es geht jetzt nicht an, daß wir in das verblödete Gefühl getrieben werden, daß sie bei diesem Aufbau ausgeschlossen werden sollen. Die Idee der Nationalversammlung ist das Symbol für die unerschütterliche Verbindung aller Klassen zum Werke der Rettung unseres Vaterlandes, vor Auflösung und schändlicher Versenkung von außen her.“

Förster schreibt, daß er in den letzten Tagen Eisner alles offen vorgelegt habe und daß er dies nun der Öffentlichkeit mitteile, um an alle „Bisjenigen zu appellieren, die in diesen Tagen die leitenden und kontrollierenden Funktionen in Händen haben.“

„Zum Schluß ist zu bedenken — und ich rede hier aus innerer Kenntnis der Sachlage — daß die Entscheidung mit uns weder Frieden machen noch uns Rachtung senden, sondern aller Voraussicht nach Deutschland nach Ausbruch des Waffenstillstandes militärisch besetzen wird, wenn die bisherige keine Anzeichen für die Einsetzung einer dauerhaften, den Willen des ganzen deutschen Volkes zum Ausdruck bringenden vertragsfähigen Regierung zu bemerken sind. Die Verlängerung des Waffenstillstandes und der Präliminarverträge werden ausschließlich nur einer Regierung bewilligt werden, die alles ins Werk setzt, im beschleunigten Tempo die Nationalversammlung einzuberufen, wobei gegenüber der bringenden westpolitischen Bedeutung dieser heidenschaftlichen Einberufung alle technischen Bedenken zurücktreten müssen.“

Alle Anzeichen sprachen dafür, daß diese eindringliche Sprache in Bayern den Arbeitern gehört wird und daß eine ruhige innere Entwicklung Bayerns nur gesichert werden kann, wenn Eisner rasch zur vernünftigen Würdigung der realen Erfordernisse sich entschließt.

Der Termin der Nationalversammlung.

Kautsky für rasche Einberufung.

In der Wiener „Arbeiterzeitung“ legt sich Karl Kautsky mit jenen schwächlichen Kompromißtätern in den Reihen der Unabhängigen auseinander, denen aus Rücksicht auf die bolschewistische Geistesverwirrung mancher ihrer Anhänger der Wahltermin zur Nationalversammlung gar nicht weit genug hinausgeschoben werden kann. Kautsky findet, daß sich die sozialistischen Wahlansichten durch Hinüberschiebung des Termins nicht verbessern, sondern verflüchtigen. Er glaubt an die sieghafte Kraft des sozialdemokratischen Programms, meint aber:

Hobler, bietet ihr Obdach, und sie bleibt bei ihm. Und nun sind Jäger und Falke die beiden ersten Feinde.

Von Jäger und Falke, den Grundrissen von Selentia, den Stammvätern eines neuen Volkes, handelt Hamans Roman. Es ist nicht ganz klar, woher Jäger und Falke gekommen, das sie in die Einkamkeit bring, und das der Grundhohn ihrer Herden wird. Ueberhaupt nimmt man es zuerst als Selentia nicht ganz genau mit dem Geschehen. Man vertraut der Natur, die die Dinge alle in Ordnung bringt, die besser Ordnung schafft, als alle Gesetze. Angewiesen arbeitet Selentia im Zusammenwirken der beiden Menschen mit der Natur. Aus der uralten Hohlhöhle wird ein wichtiger Hof und Selentia tritt in das Reizel der Geschichte. Die Kinder wachsen heran. Falke, der Geschlechtergründer, stellt sich und behält sich in natürlicher Würde als Herr des Bodens und als der Schöpfer einer neuen Welt, geerdelt durch die Arbeit und das Gewicht seiner Persönlichkeit. Andere Zeiten kommen. Müd und unglücklich kommt. Die Menschen gelangen in die Höhe hinauf und bringen die Seemanns der Rüstungen und den Kampf des Gründertums mit. Aber all das kann Falke erduldet überleben nicht erdulden. Er ist unheimlich wie die Natur, in der er mit seinem Werke gegründet ist. Er ist der Weisheit, der Unvergänglichkeit. Ein Wiedererwachen aus der Toten, der in die Zukunft hinausweist, ein Mann aus der ersten Zeit des Ackerbaus, ein Landwirt, jedoch bekannter Mann, neunhundert Jahre alt und doch wieder der Mann des Tages. In seinen Fäden treibt die Menschenschicksale ihr wunderbares, herzogliches Wesen, um sein Haus aber wohl der Atem der Ereignisse.

Falke von Selentia ist die Erde selber, das erdbasste Wesen des Menschen, das alles andere überdauert und das die ewig junge Kraft neuen Anfangs ist. Roman nennt Hamans die Sage von Falke von Selentia. Man muß diese Dichtung höher bewerten in ihrer unerschütterlichen Kraft. Sie ist mehr als Roman, als Gesellschaftsbild; sie ist ein Epos; das Epos des Urmenschen, das Epos der Scholle. Nicht nur um die von Natur, die Gesamtheit des Lebens überbaut ist hier erzählt. Der Roman wird zur Geschichte; Falke, der Herr des Kamens, wird zum Vertreter der Gattung. Das Werk erzählt etwas von der Würde und Erhabenheit der alttestamentarischen Berichte aus der Patriarchenzeit. Dieser dem Pöbel steht eine bestimmte Tendenz; aber unter Hamans Wunderhand wird alles Leben, unerschütterliches Sein. Und das ist ganz wunderbar, wie Hamans der Dixer bildet, wie das Leben unter seinen Händen stehen wird. In seiner Gestaltung ist etwas Unerlöschliches, das sich ebenso wenig auflösen läßt wie die Natur selber. Hier ist auch im Dichtersinn eine Rückkehr zur Natur, wie sie nur den ganz Großen gegeben ist, zu einer Einsicht des Hörens und des Sehens, die höchste Dichtersinn bedeutet. Dies ist ganz einfach und doch von höchster geistiger Kraft durchdrungen. R. Hamann.

Durch das Wort wird diese sieghafte Kraft nicht gestärkt, sondern geschwächt, weil es den Eindruck der Unsicherheit, der Besorgtheit, des Mangels an Vertrauen in die eigene Kraft hervorruft, und das ist das Schlimmste dort, wo es gilt, schonende, ungeschickliche Elemente zu gewinnen. Man will die konstituierende Nationalversammlung erst zusammensetzen, nachdem man sozialistische Maßregeln durchgeführt hat. Wie will man aber solche durchführen mit der höherigen Staatsmacht? Und wie will man diese einseitig und gründlich für das ganze Reich ändern ohne konstituierende Nationalversammlung?

Das verlangt uns, nochmals festzustellen, daß in der Frage des Wahltermins die Sozialdemokraten immer die treibende Kraft, die Unabhängigen stets die Bremser gewesen sind. So wie die Unabhängigen jetzt gestellt sind, ist es im Zusammenarbeiten mit ihnen wahrlich nicht leichter, der Verunsicherung zum Durchbruch zu verhelfen, als seinerzeit im Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien. Die Unabhängigen sind eine selbständige Partei, sie legen sogar sehr großes Gewicht darauf, es zu sein, für ihre Fehler tragen sie also allein die Verantwortung, die Sozialdemokratie hat daran keinen Anteil.

Aus dem Wahlgesetz zur Nationalversammlung.

Die Feststellung des Ergebnisses.

Den Veröffentlichungen über das neue Wahlgesetz entnehmen wir noch folgendes:

In die Wählerliste sind alle Wahlberechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort in alphabetischer Ordnung eingetragen. Es können nach Geschlechtern getrennte Wählerlisten angelegt werden. In den Städten dürfen die Wählerlisten auch in der Art angelegt werden, daß die Straßen nach der alphabetischen Reihenfolge ihrer Namen, innerhalb der Straßen die Häuser nach ihrer Nummer und innerhalb jedes Hauses die Wahlberechtigten in alphabetischer Reihenfolge eingetragen werden.

Nach dem Ablauf der Abstimmungsfrist können in die Wählerliste Wahlberechtigte nur in Erledigung rechtzeitig eingebrachter Einsprüche aufgenommen werden. Verlegt ein Wahlberechtigter nach diesem Zeitpunkt seinen Wohnort nach einem andern Wahlbezirk, so ist er berechtigt, sich nach Vollendung seines Namens in der Wählerliste seines bisherigen Wahlbezirks auf Grund einer hierüber von der Gemeindebehörde anzuforderten Bescheinigung im Wahlbezirk seines neuen Wohnortes nachträglich in die Wählerliste aufnehmen zu lassen.

Jeder Wahlbezirk soll durchschnittlich 2500, höchstens 3500 Einwohner nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 umfassen.

Die Wahlkommissionen sind unterzüglich nach dem Erlaß dieser Verordnung zu ernennen; die Ernennung ist öffentlich bekanntzugeben. Die Wahlkommission ernannt für die preussischen Wahlkreise, soll die mehrere Regierungsbezirke umfassen, der Oberpräsident, sonst der Kreispräsident. Gehören zu diesen Kreisen die Gebiete anderer Bundesstaaten, so sind auch die beteiligten Landesregierungen zu hören.

Der Wahlkommission hat spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag zur Einreichung von Wahlvorstellungen durch eine Bekanntmachung in den zu amtlichen Veröffentlichungen dienenden Blättern des Wahlkreises aufzufordern. Wahlvorstellungen können eingebracht werden, sobald der Wahlkommissioner ernannt ist.

In jedem Wahlvorstellung soll ein Vertrauensmann bezeichnet werden, der für die Verhandlungen mit dem Wahlkommissioner und dem Wahlkreise sowie zur Annahme des Wahlvorstandes sowie zur Abgabe und Rücknahme von Verbindungsanträgen vollständig ist. In derselben Weise kann ein Stellvertreter des Vertrauensmanns bezeichnet werden. Besteht die Bescheinigung des Vertrauensmanns, so ist der erste Unterschnitzer als solcher.

Jeder Wahlvorstellung darf nur eine Gruppe von verbundenen Wahlvorstellungen angeschlossen. In den Wahlvorstellungen werden die Namen der Bewerber aufgeführt, deren Verantwortlichkeit nicht feststeht, deren Zustimmungserklärung fehlt, die nachweislich nicht wahlbar sind oder die auf mehreren Wahlvorstellungen desselben Wahlkreises genannt sind. Bewerber, die auf demselben Wahlvorstellung mehrmals genannt sind, gelten als nur einmal vorgeschlagen. Solchen danach auf einem Wahlvorstellung mehrere Namen haben, als noch den Reichswahlgesetzen zulässig sind, so werden die Namen gestrichen, die in der Reihenfolge der Benennungen der gesetzlich vorgesehenen Zeit nachfolgen.

Die Wahlhandlung beginnt um 9 Uhr vormittags. Der Wahlvorsteher läßt die Mitglieder des Wahlvorstandes spätestens am dritten Tage vor dem Wahltag ein, bei Beginn der Wahlhandlung zur Bildung des Wahlvorstandes im Wahlraum zu erscheinen.

Die Bestimmungen über die Wahl entsprechen den bekannten des Reichswahlgesetzes.

Was glaubt Ihr, wie es tut, wenn so ein Müden, Davon gewohnt, sich vor dem Herrn zu bücken, Sich straffen kann.

Wenn ein Hund, die nur im fremden Hofe wecke, Den eignen Hof im Fundamente kackte Und ungehindert an ihm schaffen kann.

Was glaubt Ihr, wie es tut, wenn, was für Traum gehalten, In Leben wird und Dinge sich gehalten, Die schattenhaft

Vor heißen, tiefen Sehnsuchtsklüften schwimmen Und die ein Toll aus einem Meer von Flammen Erlösen half durch seine eigene Kraft. ... Leo Heller.

Notizen.

— Vorträge. Die Berliner Session bronchastet am Sonnabend, 14. Uhr, einen Vortragabend des Schriftstellers Wolf v. Sohfeld. Der erkrankte Dichter wird u. a. aus seinem Prosawerk „Kronprinz“ vortragen.

— Russische Chronik. Ein Otto-Nicolai-Abend findet Mittwoch, den 4. Dezember, im Festsaal des Museums statt.

— Max Arbers großer Berliner Silberroman „Die Weltmenschen“, ein bezeichnendes Werk des deutschen Naturalismus, ist schon in 10. und 11. Auflage im Verlag von Fischer Nachfolger in Leipzig erschienen.

— Der Verlag Albert Langen in München konnte am 1. Dezember auf 25 Jahre erfolgreicher Tätigkeit zurückblicken.

— Das Nordische Institut der Universität Greifswald, das am 21. Juni 1917 ins Leben gerufen wurde, soll eine Brücke des Verständnisses zwischen den vier nordischen Sprachen Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland über seine Entsendung im ersten Jahre seines Bestehens berichtet Prof. Dalman in der „Internationalen Monatschrift“. Der Gegenstand der Arbeit des neuen Instituts umfaßt die sprachlichen und rechtlichen Verhältnisse der vier Länder, ihre politische und wirtschaftliche Gestaltung, ihr künstlerisches Schaffen und ihre Wissenschaft, dies alles auf dem Grunde der natürlichen Voraussetzungen, die sich bis auf das geologische Werden ihres Erdbodens erstrecken. Als Schlüssel zu dem geistigen Wesen der Nordländer müssen ihre Sprachen betrachtet werden, die in höherem Maße als bisher Gemeingut der Geschwister Norddeutschlands werden sollen.

— Russische Kunst in Amerika und England. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Amerika und England wird nun die Restaurierung der zum Verkauf gelangenden Kunstwerke durchgeführt werden, und zwar wird die Restaurierung dort noch nachdrücklicher angesetzt als bei uns; die amerikanische sieht 20, die englische 16½ Proz. vor.

Ein Roman der Scholle.

Amos Hamans, dessen Roman heute in einfacher Größe am Spinnel der nordischen Dichtung leuchtet, sendet einen neuen Mann zu uns: „Sagen der Erde“ (Verlag von Albert Langen, München). Diese Dichtung, das Epos der Scholle, steht in einem engen Zusammenhang mit den beiden letzten Bänden des Verfassers: „Kronprinz“ und „Die Welt der Scholle“. Sie ist von demselben, von Fortschritt des industriellen Fortschritts neigenden Anschauung beherrscht. Aus Gründen des Lebens ist Hamans gegen die Zivilisation, gegen die Amerikanisierung der Welt, und ist konsequent gestimmt, preist er die Natur, preist er die natürliche Ordnung patriarchalischen Seins. Rückkehr zur Natur ist die Hauptforderung, die die Lösung der Probleme und Konflikte der heutigen Gesellschaft und des heutigen Menschen für ihn bringt. Ein moderner Verfechter ist Hamans utopisch von der Selbstverständlichkeit moderner Lebens, er hat gebunden. Auf Selentia sind die „Sagen der Erde“. Auf Selentia sprach niemand von seinem Gefühlen, und niemand bekannte seine Fehler.“

In dem letzten Roman „Kinder ihrer Zeit“ und „Die Stadt der Scholle“ hat Hamans die Geschichte eines kleinen Gemeindeforts, das die Unternehmungslust eines amerikanischen Geschäftsmannes zu einer kleinen Gemeinde treibt. Aber der Geist dieser Gründung, der Mensch, der Mensch, wie er ist, trägt den Verfall in sich selber. Dieser haben nur Gebilde, die aus den ewigen und unveränderlichen Wesenheiten des Lebens, der Erde sich speisen. In „Sagen der Erde“ hat Hamans dem modernen Bürger den alten Helden gegenüber, der hinübergeht in die Natur und mit seiner Hände Arbeit auf unerschütterlichem Boden sein Reich gründet; den Menschen, der selber Natur ist, ein Stück Wissen und urinständige Erbschaft. Es ist die Geschichte vom ersten Menschen und seinem Kampf mit den Mächten. Es ist, durch Hamans geistiges, schöpferisches Diktieren, die Geschichte der Menschheit.

Eines Tages wandert ein Mann, den Ruf nach mit Mundwort und Handbewegung auf dem Rücken, den Boden, in die Wälder. Er sucht unbekanntes Wege, den Klüften und Mooren entlang. Wo ein überhängender Fels Schutz bietet, wohnt er. Aber an einer offenen Stelle beginnt er zu bauen. Seine Wanderung hat ihr Ziel gefunden. Eine primitive Hütte entsteht. Erst lebt der Mensch als Jäger und Fischer. Dann löst er sich eine Hölle. Er erhebt im Wald, fällt Säume. Tuppen kommen vorbei auf ihren Wanderungen und lassen den Furchling und sein Werk an. Und eines Tages kommt ein Mann des Waldes. Falke, der An-

Zur Ermittlung des Wahlergebnisses beruft der Wahlkommissar den Wahlprüfer auf den letzten Tag nach dem Wahltag in einen von ihm zu bestimmenden Raum.

Zur Ermittlung der Abgeordnetenliste auf die Wahlvorschläge werden die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenden Stimmen nach einander durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt, bis von den sich hierbei ergebenden Teilzahlen so viele Höchstzahlen der Größe nach abgezogen werden können, wie Abgeordnete zu wählen sind. Jeder Wahlvorschlag erhält so viele Abgeordnetenstimmen, wie auf ihn Höchstzahlen entfallen. Wenn die am letzten Tage liegenden Höchstzahlen mehrere Wahlvorschläge zugleich entfällt, entscheidet das Los.

Sind verbundene Wahlvorschläge vorhanden, so wird bei der Verteilung der Abgeordnetenstimmen auf die einzelnen Wahlvorschläge jede Gruppe verbundener Wahlvorschläge als ein Wahlvorschlag angesehen und ihr die ihrer Gesamtstimmenszahl entsprechende Zahl von Abgeordnetenstimmen zugewiesen. Ist so die Zahl der Abgeordnetenstimmen festgelegt, die auf jede Gruppe verbundener Wahlvorschläge zusammen entfallen, so werden die Abgeordnetenstimmen auf die einzelnen miteinander verbundenen Wahlvorschläge unterverteilt. Wenn ein Wahlvorschlag oder eine Gruppe verbundener Wahlvorschläge weniger Bewerber enthält, als auf sie Höchstzahlen entfallen, so gehen die überschüssigen Stimm auf die Höchstzahlen der anderen Wahlvorschläge über.

Das Ergebnis der Wahl wird von dem Wahlkommissar sofort nach seiner Fertigstellung unter Angabe der Zahlen der auf die einzelnen Wahlvorschläge und auf jede Gruppe verbundener Wahlvorschläge entfallenden gültigen Stimmen, sowie der Namen der Gewählten veröffentlicht. Der Wahlkommissar hat die Gewählten von der auf sie gefallenen Wahl zu benachrichtigen und sie anzufragen, ob sie binnen einer Woche nach Zustellung der Nachricht über die Annahme der Wahl zu erklären. Schweigen oder Annahme unter Vorbehalt oder Verwahrung gilt als Ablehnung.

Die Gerichte über die Besetzung der Funkstationen.

Amlich wird mitgeteilt: Da trotz der bisherigen Nichtbeachtung bezüglich einer angeblichen Besetzung der Funkstationen durch die Unabhängigen oder die Spariakgruppe in der Öffentlichkeit eine tiefe Verunsicherung besteht, die geeignet erscheint, wirtschaftliche und politische Verhältnisse zu gefährden, sollen wir noch einmal mit aller Deutlichkeit feststellen: Keine der deutschen Funkstationen befindet sich in den Händen irgendeiner besonderen politischen Gruppe; alle sind nach wie vor im Betrieb der Männer, die ihre technische Verwaltung auch schon während des Krieges inne hatten. — Ebenfalls un wahr ist das Gerücht, Amerika habe wegen des Uebergangs unserer Funkstationen in die Hände einer bestimmten politischen Richtung den funktentelegraphischen Verkehr mit uns abgebrochen.

Zu derselben Angelegenheit erhalten wir eine von Ledebour und Rich. Müller unterzeichnete Erklärung, in der dargelegt wird, daß die von der Korrespondenz des Herrn Bruno Sodagewski verbreitete Darstellung der Angelegenheit vollkommen unrichtig ist. An zahlreichen einzelnen Punkten wird dies nachgewiesen. Wir haben diese Details des Sodagewski'schen Berichtes seinerzeit gar nicht gebracht, weil wir von vornherein an der Glaubwürdigkeit dieser Darstellung die stärksten Zweifel hegten. Wie wir seit einiger Zeit beobachten, treibt Herr Sodagewski überhaupt eine wilde Hetze gegen die Arbeiter- und Soldatenräte und bedient sich dazu einseitiger und tendenziöser, fälschlicher Darstellungen, deren Unrichtigkeit für jeden Untereingeweihten auf der Hand liegt. Nachdem nun die Reichsleitung selbst gegen den Verleumdungsartikel des Herrn Sodagewski Stellung genommen hat, soll in einer neuen Sitzung endgültig eine Verständigung der Zentralverwaltung und des Volksgewalt mit der Regierung herbeigeführt werden.

Der oberschlesische Bergarbeiterstreik erloschen.

Der oberschlesische Bergarbeiterstreik kann, wie BLD meldet, als erloschen angesehen werden. Bei der heutigen Frühstück wurde nur noch auf der Hedwig-Busch-Grube gestreikt. Dort schickten von 600 Mann unter Tage 118 und von 888 Mann über Tage 440. In allen übrigen Gruben ist die Arbeit überall wieder aufgenommen worden.

Untersuchung der völkerrechtlichen Verstöße. Eröffnungssitzung der Kommission.

Die Kommission zur Untersuchung der Anklagen wegen völkerrechtswidriger Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland hat ihre erste Sitzung abgehalten. Der Vorsitzende, Staatssekretär Erzberger, eröffnete die Verhandlungen und führte u. a. folgendes aus:

Die deutsche Regierung hat, indem sie diese Kommission ins Leben berief, ihren ersten Willen bekundet, an ihrem Teil zur rückhaltlosen Feststellung der Wahrheit in allen ihren Äußerungen beizutragen, in denen berechtigte Beschwerden der gegnerischen Regierungen über die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland vorgebracht werden sollten. Sie hat die Kommission mit allen gesetzlichen Vollmachten ausgestattet, die einen raschen, durch keinerlei Rücksichten gegenüber staatlichen Stellen gehemmten Geschäftsgang gewährleisten. Diese Kommission besitzt weitestgehende Befugnisse als zuvor eine deutsche Untersuchungskommission sie je gehabt hat. Sowohl für die Sitzungen der Kommission, wie für die Verhandlungen der zur Erlebung von Einzelfällen einzuschickenden Sachverständigen ist das Prinzip der Öffentlichkeit in vollem Umlange gesichert. Die gegnerischen Regierungen sind in der Lage, sich durch beglaubigte Vertreter, denen die Teilnahme an diesen Verhandlungen gestattet ist, über alle Einzelheiten der anhängig gemachten Verstöße zu unterrichten. Nichts soll verborgen bleiben, nichts soll verheimlicht, alles soll klar gestellt werden.

Aufgabe der Kommission wird es sein, den Beweis zu erbringen, daß die Regierung des neuen republikanischen Deutschlands entschlossen ist, mit größter Schärfe und ohne Rücksicht auf Rang und Stellung gegen Jedermann vorzugehen, der sich einer den Anzeichen der Verleumdung oder den Zeichen der Unaufrichtigkeit widerstehenden Behandlung Kriegsgefangener schuldig gemacht hat. Der Geist unbegrenzter Strenge und lauterster Objektivität wird die Verhandlungen der Kommission leiten.

Darum übertrug der Staatssekretär den Vorsitz an Professor Schäding-Meckburg.

Die Berliner Arbeiterratswahlen.

Freitagsversammlung am einen Tag.

Berlin, 2. Dezember. Amlich, Arbeiterratswahl für Groß-Berlin. Wir machen nochmals auf die Wahlen aufmerksam. Der Wahltermin wird am einen Tag verlängert. Nächster Wahltermin Mittwoch, 4. Dezember 1918, nachmittags 8 Uhr. Die Orte Mariendorf und Marienfelde sind in der Liste noch nachzutragen. Die Wahlkommission.

J. A. Neumann.

Eine Gewerkschaft — der Offiziere!

Im Rheinwald tagte am Montag eine hart besuchte Versammlung der Offiziere und Militärbeamten, die sich mit der Gründung eines deutschen Offizier-Bundes beschäftigte, der nach den Ausführungen des Hauptredners als Gewerkschaft zur Vertretung der Berufsinteressen der Offiziere und Militärbeamten gedacht ist. Von den Rednern wurde darüber klargestellt, daß die Offiziere jetzt als Bedienstete im neuen Deutschland herumliegen, während sie doch dem Beispiel Hindenburgs folgend die Neuordnung der Dinge anerkannt hätten und sich gern in den Dienst des deutschen freien Staates stellen wollten. Allerdings verlangten sie dann auch die volle Gleichberechtigung als Staatsbürger und vor allem eine wirtschaftliche Besserstellung. Es sei unerträglich, daß die Offiziere jetzt das einfache Friedensgehalt beziehen sollten, das für einen Leutnant nur 180 M. monatlich ausmacht. Sie verlangten ferner einen Vertreter des Offizierberufs im Volksgesetzgeber Arbeiter- und Soldatenräte. Ein Vertreter des Kriegsministeriums erklärte die Vereinwilligkeit des Ministeriums, der Rolle der Offiziere abzugeben. Der Vorsitzende erklärte, daß auch ein Vertreter des Volksbeauftragten Seidemann ihm gleichfalls zugesichert habe, die Regierung werde alles tun, um der Postage, die sowohl für die aktiven wie für die Reserveoffiziere entstanden sei, ein Ende zu machen. Am Donnerstag soll die eigentliche Gründung des deutschen Offizierbundes erfolgen.

Kein gleiches Wahlrecht in Bayern.

Der bayerische Finanzminister Dr. Jassé hat dem Hauptredner der „Münch. N. N.“ in einer Unterredung eine neue demokratische Vertretungsform entwickelt: Das provisorische Zentralparlament kann nicht auf der demokratischen Basis allgemeiner Stimmengleichheit aufgebaut sein, sondern soll sich dem durch die Revolution geschaffenen Rätesystem anpassen. Zu den zurzeit bestehenden drei Räten, dem Arbeiterrat, dem Soldatenrat und Bauernrat, sollen noch zwei weitere neue Kurien treten, nämlich eine der freien Berufe, in der alle geistigen Arbeiter, Beamte, Ärzte, Schriftsteller und Künstler zu Worte kommen sollen und eine Gewerbetriebe, die die selbständigen Erwerbstätigen im Handel, Verkehr, Industrie und Handwerk umfassen soll.

Es wird im Bayern der Alex Eisner immer häufiger. Erst feierliche Verwahrung gegen den Volksbeweinung, dann grüßliche Hineingelenken in das russische Sowjetssystem. Immer lustig — aber wie lange noch?

Die bürgerliche Sammeltrumpete.

Georg Vernhard als Stadtrumpeter.

In der gestrigen Versammlung der „Deutschen Demokratischen Partei“ hat Prof. Alfred Weber feierlich erklärt, die neue Partei sei keine bürgerliche, sondern eine Volkspartei. Diese Aeußerung wirft ein scharfes Licht auf die Gegensätze zwischen den Führern der neuen Parteibestrebungen und jenen Politikern des alten Liberalismus, deren Denken sich in ausgefahrenen Bahnen bewegt, die aber doch, wenigstens äußerlich, Anschluß an das Neue gewinnen wollen.

Die „Vossische Zeitung“, die Wortführerin der Ueberlebten, wendet sich jetzt gegen den „Vorwärts“ mit folgender Polemik:

Daß es der Mehrheitssozialdemokratie am liebsten wäre, wenn das Bürgertum recht gespalten in der Nationalversammlung auf dem Plan läge, ist durchaus begreiflich. Aber hier scheidet sich eben das Parteinteresse der Mehrheitssozialdemokratie von dem der bürgerlichen Demokratie. Diese hat ein sehr wesentliches Interesse daran, durch eine starke Partei vertreten zu sein, die nicht bloß ein Anhänger der Mehrheitssozialdemokratie ist. Daß diese große bürgerliche demokratische Partei entschlossen auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Politik und der Sozialpolitik für den Fortschritt und für die Bekämpfung jedes Ueberkapitalismus auftreten muß, ist selbstverständlich. Aber sie kann aus innerer Kraft nur dann etwas leisten, wenn sie wirklich alle dem Fortschritt überhaupt zugeneigten bürgerlichen Elemente umfaßt; sonst wird sie die Parteigeschäfte der Mehrheitssozialdemokraten besorgen, und den Ruhm des Fortschritts werden nur die Mehrheitssozialdemokraten ernten, während alles, was jedenfalls zu tun noch übrig bleibt, der bürgerlichen Anhängelspartei zu Lasten gebracht werden wird. Die große bürgerliche demokratische Partei wird wahrscheinlich in sehr vielen lebenswichtigen Fragen den Nation Schüller an Schüller mit den Mehrheitssozialdemokraten zu arbeiten haben. Aber damit Licht und Schatten gerecht auch für das Bürgertum verteilt werden, muß eine strenge parteimäßige Scheidung zwischen der bürgerlichen Demokratie und der Mehrheitssozialdemokratie eintreten.

Die „Vossische Zeitung“ irrt. Im Parteinteresse kann es uns nur recht sein, wenn durch den geplanten Zusammenschluß der bürgerliche Klassencharakter der neuen Partei zu scharfem Ausdruck kommt. Vor antisozialdemokratischen Sammelbestrebungen haben wir nie Angst gehabt, am allerwenigsten haben wir sie jetzt. Selbstverständlich aber ist es, daß wir die neuen Parteibildungen mit Interesse verfolgen und uns vorbehalten, zu ihnen Stellung zu nehmen, je nachdem sie ausfallen, und daß wir mit einiger Spannung abwarten, ob sich die „Deutsche Demokratische Partei“ wirklich durch die Aufnahme aller abgelegenen Reste des bürgerlichen Liberalismus kompromittieren will. Was inzwischen ja geschehen ist!

Sie pfeifen auf Demokratie.

„Revolutionäre“ Wahlrechtstheorie.

Die Hamburger „Rote Fahne“ schreibt in einem Artikel über „Bürgerliche Nationalversammlung oder proletarische Diktatur“ u. a. das folgende:

Für die Arbeiterklasse aber war der Beschlag des allgemeinen Stimmrechts im günstigsten Falle die Tribüne, von der aus sie durch den Mund ihrer Vertreter ihre Klassenansprüche anmeldete; im schlimmsten Falle war er der Boden der parlamentarisch-politischen Korruption. Nur politische Herrschaft konnte die Arbeiterklasse mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts nicht erringen. Viele Demokratie gab der Bourgeoisie die Möglichkeit der völligen Entfaltung ihrer politischen Macht über die Arbeiterklasse.

Der Krieg hat das Wesen des allgemeinen Stimmrechts in aller Klarheit offenbart. Er hat den Reichstag in seiner totalen Unfähigkeit, die Klasseninteressen des Proletariats zu vertreten, in seiner Radikalität enthüllt.

Für die Arbeiterklasse gibt es nur diese Forderungen: Keine Nationalversammlung; keine bürgerlichen Räte; alleinige Diktatur der Arbeiterklasse; ihre immer konsequenter Entwicklung zu klar ausgeprägten Klassenorganen des Proletariats, Arbeiterräte, die der Nationalversammlung zuzustimmen sind keine Arbeiterräte, die im revolutionären Kampf zu gebrauchen wären. Die Arbeiter müssen alle Elemente aus den Arbeiterräten entfernen, die sich für die Einwirkung der Nationalversammlung aussprechen. Sie müssen diese Elemente ersetzen durch Klassenbewußte Arbeiter, die jedes Kom-

promitt mit der bürgerlichen Welt bekämpfen. An den Arbeitern ist es, sich die Organe für ihre Diktatur zu schaffen. Die Frage der Nationalversammlung ist ein gutes Kampfbild dazu.

Wir geben zu, daß das eine sehr klare Parole ist. Weil angeblich die Arbeiterklasse durch das gleiche Recht aller nicht siegen kann, muß sie eine Gewalt herrschaft ausüben. Unfähig, die Mehrheit des Volksgesetzes auf sich zu vereinigen, muß sie die Mehrheit der Maschinenengewalt auf ihre Seite bringen, um die Ueberlebenden in Schach zu halten. Für Leute, die dieser blödsinnigen und verbrecherischen Auffassung auch nur die geringsten Konzessionen machen, darf in den Reihen der politisch aufgeklärten Arbeiter kein Platz sein.

Vollversammlung der Soldatenräte Groß-Berlins.

Das Bureau der Soldatenräte Groß-Berlins hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die nächste Vollversammlung der Soldatenräte Groß-Berlins für Donnerstag, den 5. Dezember, nachmittags 8 Uhr, nach dem großen Sitzungssaal des Reichstags einzuberufen. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Bureau. 2. Krügerbeimhalten. 3. Teilbericht des Siebenerausschusses. 4. Ersatzwahl zum Volksgesetzrat. 5. Ausschusswahl. 6. Beschäftigung und Aufwandsentschädigung der Soldatenräte. 7. Anträge. Zu Punkt 6 liegt der Vorschlag vor, den Soldatenräten eine Aufwandsentschädigung von täglich fünf Mark zu bewilligen, ohne Rücksicht auf die festgesetzten Sätze für Wohnung und Verpflegung.

Genosse Schridemann bietet uns um Aufnahme folgender Zeilen:

„Die Freiheit“ veröffentlichte in ihrer Vorbildungsabteilung am Montag eine Notiz, durch die ich — wohl zur Höchsten Zeit und zur Förderung der gemeinsamen Arbeit in der Regierung — wieder einmal „gebrandmarkt“ werden soll. Ich werde als „Damm gegen die rote Flut“ und als „Hoffnung des Bürgerturns“ bezeichnet. Diese Ueberheiten kann das unabhängige Blatt sich wohl selbst leisten, weil es sich in die vollkommene Abhängigkeit von einem „Kreuzzeitungs“-Bericht begeben hat. Ueber eine einstündige Rede, die ich am Sonnabend im Zirkus Wust gehalten habe, brachte nämlich das Organ des Grafen Westarp eine Notiz im Umfang von 37 Zeilen. Gestützt auf diesen konterwärtigen Bericht kränkelte mich die „Freiheit“ an. Es genügt wohl, diese Tatsache festzustellen.

War Marx ein Kapitalist? Das Mitglied des Soldatenrats Müller erwidert und festzuhalten, daß er im Reichstag am 20. November Marx nicht als Kapitalisten, sondern als Advokaten bezeichnet habe. Er tat dies gegenüber der Bemerkung Gollschlags, nur wer selbst von der höheren Schule in der Jugend erworbenen war und seine Bildung in abgeleiteten Museen erworben, könne den Sozialismus begreifen und lehren.

Eisner fordert in einem Telegramm eine neue Reichskonferenz, die eine programmatische Rundgebung erlassen soll. — Der Groß-Berliner Volksgesetzrat hat beschlossen zu fordern: den schlemmigen Rücktritt Solfs und die Zustimmung, daß Erzberger an den Friedensverhandlungen nicht teilnimmt.

Die Belgier in Jülich.

Ein Befehl zum Gendarmen.

Die belgischen Truppen sind in Jülich eingerückt. Es wurde von ihnen sofort eine Bekanntmachung angeschlagen, in der unter anderem gesagt ist: Die Zeitungen werden mit einer Zensur gestellt. Ihre Artikel sind auf deutsch und französisch zu drucken.

14. Die ganze Zivilbevölkerung muß die vorübergehenden Offiziere durch Abnahme der Aoyshedenung grüßen und dabei den Bürgerfreigewerlassen.

15. Der diesen meinen Befehl übertritt, wird festgenommen und durch Verfahren erschossen. Den betreffenden Einwohnern sowie der Stadt wird außerdem eine Geldbuße auferlegt.

Es gibt keinen Zweifel mehr, daß die Gegner entschlossen sind, uns aufs tiefste zu demütigen, uns zu verlezen, jeden Funken von Würde bei uns zu zerstreuen. Der ungeschickte Kriegshoch will seinen Triumph voll auskosten. Und da gibt es noch Leute, die durch tolle Treibereien die Gefahr eines feindlichen Einmarsches in Deutschland vergrößern helfen.

Eine englische Flotte vor Liebau.

Memel, 2. Dezember. Das „Niemöller Dampfboot“ meldet aus Liebau: Ein leichtes englisches Geschwader, bestehend aus 4 geschützten Kreuzern, 1 Minensuchboot und 6 Zerstörern ist heute hier eingelaufen und blieb im Hafenhafen liegen. Bis nachmittags hatten die Engländer keine Verbindung mit dem Lande aufgenommen. Aufschneidend sind Landungsgruppen an Bord, jedoch glaubt man, daß die Streitkräfte für den zur Bekämpfung der Bolschewiki von der Entente geplanten Feldzug bestimmt sind und das Geschwader demnächst wieder anlaufen und sich nordwärts wenden wird.

Judenbehe in Prag.

Prag, 2. Dezember. Um die Mittagstunde sammelten sich auf dem Graben mehrere hundert Personen an, die vor einigen Häusern, in denen sich Geschäftsleute befanden, die Herausgabe der jüdischen Besitztümer verlangten, und zwar mit der Begründung, daß die Juden an dem Glend schuld seien, daß der Krieg gebracht habe. Es gelang ihnen auch, mehrere Geschäftsleute habhaft zu werden. Diese wurden sämtlich inhaftiert. Das rasche Eingreifen von Soldaten und Soldats verdrängte weitere Ausschreitungen. Man brachte die betreffenden Geschäftsleute in die Josefslaserna und hielt sie dort in Schutzhaft. Um 12 Uhr wurde der Josefslaserna abgeperrt. Die Menge zog unter härmlichen Ruf: Nicht die Juden! Sängst sie auf! Perri sie ein! Gebt ihnen Kraut zu fressen und Kriegsbrot! vor das Deutsche Haus in dem sich angeblich mehrere jüdische Geschäftsleute verborgen halten sollten. Dem Militär gelang es, die Menge wiederum gegen den Halberturm zurückzudrängen und den Graben abzusperren.

Verhärfung der Blockade?

Sass, 2. Dezember. (Schwedisch Neuwahrer.) Der Telegraf teilt mit, daß die offizielle Ausfuhrbehörde den Exporteuren, den Kontrolleuren und den anderen zuständigen Stellen ein Briefchen geschickt hat, in dem sie zur Kenntnis gibt, daß von Sonnabend ab bis auf weiteres keine Erlaubnis zur Ausfuhr von Waren nach den Ländern der Zentralmächte erteilt wird.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet, daß der Handelsverkehr zwischen Schweden und Deutschland, abgesehen von Rohöl, Rali und Salz, jetzt einem neuen Kontroll- und Genehmigungsstadium unterworfen wird. Zu diesem Zweck bildet die Entente eine besondere Kommission in Stockholm.

